

## **BERICHT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE FACHKONFERENZ**

### **„Der Europäische Forschungsraum – Wie kann Berlin/Brandenburg die Umsetzung gestalten?“**

MONTAG | 03. JUNI 2013 | 09:30 – 17:00 UHR  
AKADEMIEGEBÄUDE | EINSTEIN-SAAL | JÄGERSTRASSE 22/23 | 10117 BERLIN

#### **1) BEGRÜßUNG**

**GÜNTER STOCK, AKADEMIEPRÄSIDENT**

Günter Stock stellte den europäischen Forschungsraum als einen Leitgedanken dar, der weiter auszugestalten und auf Grundlage eines europäischen Bildungsraumes weiterzuentwickeln sei. Dabei hätten die Geisteswissenschaften gegenüber den Naturwissenschaften noch aufzuholen.

Berlin-Brandenburg biete als Region eine reiche Forschungslandschaft mit produktiven Bündnissen für ganz Europa. Ihre Brückenfunktion zwischen Ost- und Westeuropa sei dabei noch ausbaubar. Er plädierte für mehr Mut zu Integration und Kooperation.

**KNUT NEVERMANN, STAATSSSEKRETÄR FÜR WISSENSCHAFT**

Knut Nevermann unterstrich, dass der Transformationsprozess hin zu einem europäischen Forschungsraum mit all seinen Implikationen noch nicht ausreichend wahrgenommen werde, aber stetig an Bedeutung zunehme. Dabei stelle sich die Frage, ob die Spielräume für die Forschung in Zukunft größer oder kleiner würden. Die Schaffung eines kohärenten Forschungsraums auf europäischer Ebene wirke auch auf die Region. Für Berlin als führenden wissenschaftlichen Standort habe der Wandel vielfältige Perspektiven und Konsequenzen. Es sei wichtig, dass die Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Umsetzung aktiv zu gestalten und Einfluss zu nehmen.

## 2) DIE EUROPÄISCHE FORSCHUNGSLANDSCHAFT IM WANDEL

WOLFGANG BURTSCHER, STELLVERTRETENDER GENERALDIREKTOR DER GENERALDIREKTION FORSCHUNG UND INNOVATION DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Wolfgang Burtcher hob die Bedeutung von Investitionen in den europäischen Forschungsraum für gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Herausforderungen hervor. Ziel müsse es sein, Europa im weltweiten Wettbewerb durch verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen und zukunftsorientierte Förderung beständig zu machen. Als Instrument zur Umsetzung eines europäischen Forschungsraums stellte Burtcher das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ 2014-2020 vor, mit dem Ziel, einen europäischen „Binnenmarkt“ für Forschung zu schaffen. Die bisherigen Förderinstrumente sollten zusammengeführt und vereinfacht werden, um die Effizienz im Sinne der EU 2020 – Strategie zu sichern. Schaffung effizienter Forschungseinrichtungen (z.B. durch die Exzellenzinitiative), länderübergreifende Zusammenarbeit und Synergien, ein offener Arbeitsmarkt für Forscher\_innen, der offene Austausch, Zugang und Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen. und die Geschlechterdimension in Forschungsprojekten sind wesentliche Eckpunkte der Umsetzung des Europäischen Forschungsraums. Er kündigte einen Zwischenbericht zur Umsetzung für den Herbst 2013 an.

## 3) FORSCHEN IN EUROPA – OFFENER ARBEITSMARKT UND MOBILITÄT

DISKUSSIONSRUNDE: SANDRA HASELOFF, MATTHIAS KLEINER, JULIA STAMM, JÖRG STEINBACH, NICOLAS ZIMMER

MODERATION: JENS-PETER GAUL

Nicolas Zimmer stellte die Technologiestiftung Berlin vor, die sich als Bindeglied zwischen Unternehmen und der Forschung versteht und Austausch zwischen Hochschulen und Start-Up-Unternehmen und jungen Forscher\_innen anregen will. Zimmer machte sich für die Schaffung und Förderung von Anlaufstellen für internationale Forschung in Berlin und Brüssel stark. Dabei müsste auch der gegenseitige Nutzen des Austauschs zwischen Privatwirtschaft und Forschung stärker herausgestellt werden.

Jörg Steinbach wies auf die Verschiedenheit von freiwilliger und unfreiwilliger Mobilität hin. Für die freiwillige Mobilität seien aber die europäischen Förderprogramme wenig attraktiv. Steinbach beschrieb die Zwiespältigkeit des Wettbewerbs, der für die Reputation von Hochschulen nötig sei. Dennoch könne die Stärkung der Reputation europäischer Förderprogramme (z.B. Marie Curie) auch eine Motivation darstellen.

Julia Stamm betonte die Notwendigkeit der Entwicklung einer europäischen Strategie in den Hochschulen und einer strategischen Zusammenarbeit zwischen den Institutionen,

bei der Einwerbung von Fördermitteln und Förderung von Talenten. Mobilität müsse breit definiert werden, auch als Wechsel zwischen den Disziplinen und Systemen, Mobilitätsgründe müssten geklärt und eine Willkommenskultur gebildet werden, um die Attraktivität des europäischen Forschungsraums zu steigern.

Matthias **Kleiner** betonte, es brauche eine Rückbesinnung auf den Kern der Forschung, nämlich die Forschungspraxis, die gegenüber dem Wettbewerb hervorgehoben werden müsse. Der Aspekt der Mobilität sei somit eine Randbedingung der Forschung, kein Kernpunkt. Kleiner machte sich stark für die Gleichbewertung von alten und neuen Beitrittsländern, die auch die Mobilität fördere. Die Forschungsförderung habe sich der Forschungspraxis unterzuordnen.

Sandra **Haseloff** hob die intersektionale Mobilität zwischen Hochschulen und Unternehmen als wichtige Form des Wissensaustauschs hervor. Sie stellte die Nationale Beratungs- und Informationsstelle *Euraxess* vor, deren Ziel es sei, die Mobilität von Forschenden zu fördern und auch europäische Talente nach Berlin-Brandenburg zu holen.

Fazit: Entwicklung einer Europa-Strategie von Hochschulen und Administration notwendig, Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen; Vereinfachung und Unterstützung von wissenschaftlicher Mobilität und Austausch; europäische Fördermittel stärker als Möglichkeiten präsentieren und ihre Reputation stärken; arbeitsrechtliche und reiserechtliche Voraussetzungen politisch klären (Wissenschaftler-Visum)

#### 4) WISSENSTRANSFER UND OPEN ACCESS

DISKUSSIONSRUNDE: JOHANNES FOURNIER, SUSAN KENTNER, REINHOLD KLIEGL, JOACHIM METZNER

MODERATION: PETER SCHIRMBACHER

**Reinhold Kliegl**, der Leiter der Telota-Steuerungsgruppe der BBAW, eröffnete die Diskussionsrunde und betonte die Notwendigkeit der kostenfreien Verfügbarkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen im Internet und damit der Möglichkeit des Austausches dieser unter den Wissenschaftler\_innen und mit der breiten Öffentlichkeit. Wettbewerb und Zusammenarbeit müssen ausbalanciert werden.

Er hob ab auf die „Greenroad-Philosophie.“ Diese Open Access Strategie bezeichnete die zeitgleiche oder nachträgliche Archivierung digitaler Inhalte auf einem institutionellen oder disziplinären Open-Access Dokumentenserver. Daten bzw. Wissen werden zur Verfügung gestellt und kann weiter bearbeitet werden.

Die BBAW als „Open Academy“ möchte Interessierte von außen einladen sich an den internen Projekten der BBAW zu beteiligen.

**Susan Kentner**, Leiterin des Brüsseler Büros der Helmholtz-Gemeinschaft, plädierte für eine stärkere Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen des wissenschaftlichen Betriebs im Hinblick auf die Entwicklung der Forschungsrahmenprogramme.

Sie erläuterte drei Säulen des Wissenstransfers: 1. den Wissenstransfer über Humanressourcen (Bsp.: Lehre), 2. den Wissenstransfer über Open Access, damit der Verfügbarkeit von Daten und Forschungsergebnissen) und 3. der Wissenstransfer über die Verwertung von Ergebnissen der Forschung.

Zentrales Anliegen der Helmholtz-Gemeinschaft ist die Verwertbarkeit der Daten und Erkenntnisse für innovative Entwicklungen. Im Programm „Horizont 2020“ ist für Sie dieser Punkt als roter Faden erkennbar. Sie erachte allerdings die Umsetzung der Maßnahmen als problematisch, vor allem die uneingeschränkte Verfügbarkeit und die Verwertung der Daten.

Sie stellte die Frage, wie man am besten diese Aspekte besser miteinander vereinbaren könne. „Was können wir tun, um die Säulen besser miteinander zu koordinieren?“ Das ist für sie die zentrale Frage im Hinblick auf Horizont 2020.

Das Design der Förderprogramme müsste laut Kentner besser darauf abgestimmt werden. Sie wies darauf hin, dass die Vergleichbarkeit von Daten noch immer problematisch ist. Hier bedürfe es der Standardisierung. Sie forderte eine flexible und ausbaufähige Archivierung von Daten. Der Zugang müsse für verschiedene Nutzergruppen aus verschiedenen Fachgebieten gewährleistet werden, die Auffindbarkeit von Daten über „Persistent Identifiers“ vereinfacht werden. Die Verständlichkeit für die verschiedenen Benutzergruppen erachtete sie als wesentlich und sprach sich für eine „Europe Science Area“ aus, als Austauschplattform von Wissen.

**Joachim Metzner**, HRK-Vizepräsident für IT-Strukturen und Informationsversorgung, verwies auf die neue HRK-Position und bemerkte, dass Wissenstransfer nicht mit Technologietransfer gleichzusetzen sei.

Beim Wissenstransfer gehe es um „science in society“, der Wissenschaftskommunikation mit der Öffentlichkeit, die es anders zu gestalten gelte. Bisher gebe es nur begrenzte Möglichkeiten, einer breiten Öffentlichkeit neues Wissen zur Verfügung zu stellen. Die Kernfragen betreffen das deutsche Urheberrecht. Zu diskutieren sei das Vorhaben des BMBF, ein Zweitveröffentlichungsrecht einzuführen. Müssen Forschende dann ihr Zweitveröffentlichungsrecht von den Verlagen kaufen?

Zudem seien mit dem Wissenstransfer über Open-Access- Strategien hohe Kosten verbunden.

Bis 2016 sollen 60% aller Aktivitäten der Hochschulen dem grünen Weg, also der Selbstarchivierung, zur Verfügung stehen.

Nicht alle Wissenschaftler in Europa wollen jedoch ihr Wissen frei zugänglich machen. Hier sei ein Kulturwandel notwendig und es sowie eine Verstärkung virtueller Forschungsinfrastrukturen.

**Johannes Fournier**, DFG Programmdirektor Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme, stellte die Nachnutzbarkeit von Open-Access ins Zentrum seiner Äußerungen. Damit einher gingen Fragen der rechtlichen Rahmenbedingungen, Lizenzen für Einschränkungen und notwendige rechtliche Kennzeichnungen der Informationen und Daten. Sowohl beim „grünen“ als auch beim „goldenen“ Weg müsse man sich über die Finanzierungsmodelle der Bereitstellung von Daten Gedanken machen, ob es eine Abnehmerfinanzierung gibt oder ob diese von der Produzentenseite gestellt wird. Bei einer Abnehmerfinanzierung müssen dann Rechte mitbezogen werden.

**Johannes Fournier** wünschte sich eine interoperable Repositorienstruktur. Es könne nicht alles über Lizenzierungen laufen, nationale Urheberrechte müssen beachtet werden. Zu diskutieren seien Ermöglichungsstrukturen für die Weitergabe von Forschungsergebnissen der Wissenschaftler, die ihre Erkenntnisse mit anderen teilen wollen.

Moderator **Peter Schirmbacher**, Direktor der Computer- und Medienservice der Humboldt- Universität hob an dieser Stelle zusammenfassend drei Dimensionen des Themas Open Access im Europäischen Forschungsraum hervor:

1. die kulturpolitische Dimension (hier v.a. die Finanzierung und die intrinsische Motivation der Wissenschaftler)
2. die organisatorische Dimension
3. technische Dimension.

**Reinhold Kliegl** ging auf den Motivierungsaspekt ein und sah eine strukturelle Chance bei den Bibliotheken, die in stärkere Kommunikation mit den Wissenschaftlern treten und ihn bei der Archivierung von Daten unterstützen könnten und die zeitnahe Dokumentation der Forschungsergebnisse direkt in den workflow der Wissenschaftler integrieren könnte.

Die Akademien stellten riesige Repositorien dar und böten ein hohes Wissenskapital.

#### **Fazit:**

Unumgängliche Themen im Bereich Open Access/Wissenstransfer, die weitergedacht werden müssen:

- Problematik der Verfügbarkeit von Daten
- Problematik der Vergleichbarkeit und Verknüpfbarkeit von Daten
- Problematik der Aktualisierung und Nachnutzbarkeit von Daten
- Problematik der Verwertung von Daten
- Partizipation der Öffentlichkeit
- Problematik der Umsetzbarkeit von Maßnahmen zur besseren Verknüpfung von Verfügbarkeit von Daten und Verwertung von Forschungsergebnissen
- Anpassung der Förderprogramme an neue Gegebenheiten
- Flexible und ausbaufähige Archive notwendig
- Qualitätssicherung von Daten über Open Peer Reviews
- EU als Impulsgeber und – nehmer

- Veränderung der Publikationssituation zieht Erforderlichkeit von neuen Qualitätskriterien nach sich und eine Abänderung der ERC- Anträge, die noch immer nach Veröffentlichungen in bestimmten Publikationen verlangen, wie „Science“ oder „Nature“
- Anspruch von Open Access Strategien entspricht nicht der Forschungspraxis (hoher zeitlicher Aufwand ist für die Wissenschaftler kaum zu leisten)
- Open Access: hohe technische und organisatorische Herausforderungen, hoher Kostenaufwand
- Rechtliche Rahmenbedingungen

## 5) GLEICHSTELLUNGSASPEKTE UND GENDERFORSCHUNG

SABINE HARK, LEITERIN DES ZENTRUMS FÜR INTERDISZIPLINÄRE FRAUEN- UND GESCHLECHTERFORSCHUNG AN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

Sabine Hark stellte die Bedeutung von Gleichberechtigung in der Wissenschaft in zwei Hinsichten dar, zum einen in der Beteiligung von Frauen an der Forschung, zum anderen in Forschungsinhalten und im Forschungsdesign. Frauen hätten schlechtere Chancen in Zugang zu und Ausübung von Berufen in der Forschung. Dem stellte Hark drei Lösungswege entgegen: *Fix the numbers* ziele darauf ab, die Anzahl von Frauen in der Forschung zu stabilisieren und zu erhöhen, *Fix the instituts* wolle den Zugang zu Instituten für Frauen erleichtern und *Fix the Knowledge* habe das Ziel, Genderaspekte und Geschlechterfragen in die Forschung zu integrieren. Dabei sei die Politik in der Verantwortung, die EU-Leitinitiativen umzusetzen. Das Berliner Chancengleichheitsprogramm für Frauen in der Forschung gelte als Beispiel innovativer Forschungsförderung, wogegen Brandenburg noch Nachholbedarf aufzeige. Bei der Umsetzung des Europäischen Forschungsraums wie im EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ ist der Genderaspekt eine wesentliche Dimension.

## 6) DIE UMSETZUNG DES EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUMES DURCH DIE NEUEN FÖRDERPROGRAMME 2014-2020: HORIZONT 2020, ESF UND EFRE, ERASMUS

LUTZ GROS, BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG

CHRISTIAN EHLER, MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, BERICHTERSTATTER ZU HORIZONT 2020 IM AUSSCHUSS FÜR INDUSTRIE, FORSCHUNG UND ENERGIE

**Lutz Gros** vom BMBF unterstrich, dass die Umsetzung des EFRs Aufgabe der Mitgliedsländer sei.

Er erläuterte die Grundlagen, Ziele, Meilensteine und Inhalte des EFRs, sprach das EFR-Monitoring an und das Programm Horizont 2020.

Im Vertrag von Lissabon vom 1.12.2009 wurde der EFR erstmals primärrechtlich verankert. Der EFR zielt darauf ab, die Rahmenbedingungen im Bereich Forschung zu verbessern. Für den Europäischen Forschungsraum wurden 2008 fünf sogenannte EFR-Initiativen gestartet, die die Verbesserungsmaßnahmen strukturieren und vorantreiben sollen: die gemeinsame Programmplanung, die Schaffung von besseren Forschungsinfrastrukturen,

Forschermobilität und Laufbahnentwicklung, Wissenstransfer und internationale Zusammenarbeit.

EFR-Prioritäten sind: Schaffung von effektiven nationalen Forschungssystemen, die verstärkte transnationale Zusammenarbeit und Wettbewerbsfähigkeit, ein offener Arbeitsmarkt für Forschende, Geschlechter-Gleichstellung und Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in der Forschung, die optimale Zirkulation, Zugang zu und Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen über Open Access. Im Vertrag festgelegt wurden strategische Forschungsagenden und Richtlinien zur Erarbeitung von Programminitiativen. Zehn Programminitiativen wurden bisher entwickelt. Gros nennt als Beispiele dieser, die Initiative zur Erforschung von neurodegenerativen Erkrankungen und die Initiative JRI-Facce-Landwirtschaft – Ernährungssicherheit und Klimawandel, die im Oktober 2010 startete und nationale Forschungsaktivitäten bündeln sollte.

Der Start der europäischen Initiativen war bereits 2008. Die Entwicklung der Instrumente wie 7 FRP, EraNet, EraNetplus und die Europäischen Technologieplattformen (ETP) sind beispielsweise schon gestartet. Ebenso der Aufbau des Europäischen Forschungsrats (ERC) und des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT). Strukturelemente der zwischenstaatlichen Initiativen EUREKA und COST sind ebenfalls schon seit 2008 im Aufbau.

Gros bewertete die Entwicklung der Initiativen seit 2008 positiv.

Gros machte darauf aufmerksam, dass es im September 2013 den ersten Fortschrittsbericht der EU geben wird. Im Herbst 2014 ist eine Bilanz des EFR in Form einer Maßnahmenregelung vorgesehen. Der Lissabon-Vertrag erfordere von der Union ein stärkeres Monitoring. So wurden bestimmte Indikatorenindizes zur Fortschrittsmessung der acht Initiativen festgelegt. 2011 wurde eine erste Fortschrittsmessung vorgenommen. Gros verwies diesbezüglich auf laufende Diskussionen zur Stakeholder-Befragung (Forschungseinrichtungen/Hochschulen) der Kommission zur Schaffung einer Datengrundlage für den Zeitraum Dezember bis Februar 2013. Er betrachtete diese jedoch als kritisch. Noch immer werden die Indikatoren zur Fortschrittsmessung diskutiert.

Ab 2014 trete „Horizont 2020“, das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation und zentrales Instrument des EFR in Kraft. Horizont 2020 wird alle forschungs- und innovationsrelevanten Förderprogramme der EU zusammenführen.

Für das Programm sollen voraussichtlich ca. 70 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Die Innovation steht hierbei stärker im Fokus und zudem die Vereinfachung von Verfahren zur Beantragung der Gelder. („fast track“).

Beim Trilog (Gespräche zwischen EU-Kommission, Europäischen Parlament und Europäischem Rat) zu Horizont 2020 einigte man sich auf folgende Punkte: „Widening Participation“, „Science with and in the Society“, „Fast Track to Innovation (Beschleunigung der Antragsverfahren), die Einbeziehung von KMU und die Beachtung von Gesellschaftsaspekten (z. B. Genderaspekte) bei den Fördermodellen.

"Horizont 2020" soll die europäische Forschung und Innovation mit drei Dimensionen fördern:

- Exzellente Wissenschaftsbasis für Spitzenforschung mit rein wissenschaftlich motivierter Themenwahl,
- Industrielle Führerschaft für die Bedürfnisse der Wirtschaft zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und
- Gesellschaftliche Herausforderungen, die von der Politik zum Wohl der Menschheit identifiziert werden.

**Christian Ehler**, Mitglied des Europäischen Parlaments und Berichterstatter zu Horizont 2020 im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, betonte den Schwerpunkt der des EFRs, die Innovation.

Er warf zugleich kritisch die Frage auf, woher jedoch das Wachstum angesichts der finanziellen Krise vieler Mitgliedsstaaten kommen solle. Drei Prozent des Bruttonutzenprodukts sollen für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden.

Er betonte, dass dadurch im Prinzip dabei weniger für Forschung, aber mehr für Innovationen ausgegeben werde. Der Forschungshaushalt werde laut Ehlers geschlachtet. Die ökonomischen Rahmenbedingungen stimmten nicht. Es gebe große Ungleichgewichte in der europäischen Forschungsunion, eine disproportionale Beteiligung der Mitgliedsländer an Forschungsprojekten, insbesondere der EU 12 – Länder Mittel- und Osteuropas. Ehlers erwähnte Bonussysteme in Ländern, wie Tschechien und Polen,, die nun nicht gehalten werden könnten.

Die jetzt mit Horizont 2020 geplante Integration der Industrie in die Finanzierungsmodelle erachtete Ehlers als schwierig, da von Seiten der Industrie ein großes Mitspracherecht eingefordert wird.

Er sah die ökonomische Grundlage entzogen für die Vorhaben des neuen Rahmenprogramms, da einige Mitgliedsländer die nationalen Forschungen nicht mehr tragen könnten.

Es gebe bittere Auseinandersetzungen zur Beteiligung der Wirtschaft beim Förderprogramm. Viele Innovationen stammen aus kleineren und mittleren Unternehmen, die sich jedoch nicht in einem größeren Umfang an der Finanzierung der Forschung beteiligen können.

Die Wettbewerbsfähigkeit sei im Rahmenprogramm bisher nur langsam durchsetzbar.

Ehler kritisierte die Politik zum Thema EFR in der Region Berlin/Brandenburg. Es gab beispielsweise seitens der Berliner Hochschulen kaum eine Beteiligung bei der Abfrage von Stellungnahmen zum geplanten Förderprogramm Horizont 2020.

Er stellte große regionale Strukturprobleme fest. Die Hochschulen in Brandenburg beteiligen sich kaum, die Fachhochschulen haben gar keine Stellen, die sich mit dem EFR und seinen Fördermöglichkeiten befassen.



Es gibt hier kaum sogenannte JTIs, Joint Technology Initiatives, gemeinsame Technologieinitiativen, öffentlich-private Partnerschaften, die die Industrie miteinbeziehen und auf europäischer Ebene gefördert werden können. Die Europäische

Kommission stellt dafür ein globales Budget von 3 Milliarden Euro zur Verfügung weltweit, die Gelder werden von der Industrie und den Mitgliedsstaaten zu gleichen Teilen zur Verfügung gestellt.

Die JTIs betreffen ausgewählte Aspekte der Forschung in Bereichen von europäischem Interesse und gesellschaftlicher Relevanz, die ein gemeinsames strategisches Vorgehen erfordern.

Ehlers resümierte, die Industrie habe ein Interesse am EFR. Als Marktstrukturierungselement erscheint es nützlich. Er bezeichnete es jedoch auch als ein Eliteprojekt und erinnerte, dass die Krise der Staatsfinanzen der Mitgliedsländer große Auswirkungen auf das Rahmenprogramm und die Fördermöglichkeiten haben werde.

In Europa vollziehe sich gerade ein Schwerpunktwechsel in der Forschungsförderung, von der Grundlagenforschung hin zur Industrieforschung.

International werde dagegen eher Grundlagenforschung betrieben und unterstützt.

Der EFR sei geprägt von ökonomischen Notwendigkeiten und Innovation sei sehr teuer.

Ehlers äußerte sich skeptisch gegenüber der tatsächlichen Umsetzung von Horizont 2020 angesichts der Disproportionalität des direkten Investments im Forschungs- und Entwicklungsbereich, dazu kommen noch die ausländischen F + E- Interessen, auch der Genderaspekt sei wichtig, der Anteil weiblicher Forscher solle erhöht werden.

## 7) DIE ROLLE DER GEISTES- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

CHARLOTTE FIALA, LEITERIN DES EU-VERBINDUNGSBÜROS BRÜSSEL DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

Charlotte Fiala konstatierte, dass Forschung und Politik auf europäischer Ebene im Rahmen von *Horizon 2020* verbunden sind.. Sie beschrieb dabei, dass einerseits durch den Wettbewerb die Forschungsschwerpunkte von der Grundlagenforschung zu Demonstrationsforschung und Industrie auch sich in den Geisteswissenschaften veränderten. Andererseits seien die Geisteswissenschaften noch in der Förderung in Brüssel benachteiligt, auch wenn sie für NGOs und Bildungseinrichtungen von großer Bedeutung seien. Die Geisteswissenschaften stünden vor der Herausforderung, Europa selbst zu hinterfragen und hätten mit der Fähigkeit zu Reflexion auch einen wichtigen Anteil an der Evaluierung von Projekten (auch anderer Fachbereiche). Als Strategien zur Erreichung von Förderung geisteswissenschaftlicher Forschung durch die EU verwies Fiala auf die intensive Nutzung von Beratungsangeboten, Inanspruchnahme verschiedenster Fördermöglichkeiten, flexibles Bewerben im Rahmen von Horizon 2020, bei dem auch in anderen Fachbereichen nach Fördermöglichkeiten gesucht werden sollte sowie Kooperationen innerhalb von Europa.

## 8) DER EUROPÄISCHE FORSCHUNGSRAUM – WIE KANN BERLIN/BRANDENBURG DIE UMSETZUNG GESTALTEN

DISKUSSIONSRUNDE: WOLFGANG MACKIEWICZ, GÜNTER STOCK, NICOLAS ZIMMER, SUSAN KENTNER  
MODERATION: JENS-PETER GAUL

Jens-Peter **Gaul** fasste die derzeitige Ausgangslage für einen Europäischen Forschungsraum zusammen und konstatierte einen Systemwandel, der die nationalen Forschungssysteme überwinde. Dabei werde in dem Forschungsrahmenprogramm *Horizon 2020* ein Wechsel von Forschung zu Innovation vollzogen. Die strukturelle Frage sei, wie nah die EFR-Fördermechanismen an die Institutionen heranrücken. Der EFR implementiere eine Reihe Mechanismen mit Hebelwirkung, die eine unumkehrbare Verzahnung von Forschung und Förderung mit sich bringe. Zielsetzungen seien noch in vielen Bereichen offen, wie in den Gendewissenschaften, beim Wissenstransfer und in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Weiterer Ausbau der Vernetzung der europäischen und nationalen Ebene ist dabei ein unabdingbarer Schritt. Der Bund sei ein starker Akteur. Berlin/ Brandenburg müssten ihr Länderprofil schärfen und ihre Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen. Durch Strukturentwicklungspläne hätten die Länder Steuerungsmöglichkeiten. Die Akteure in den Hochschulen sollten über den Aufbau einer EU-Governance-Struktur nachdenken: Strategieentwicklung, Anreizsysteme, Willkommenskultur.

Wolfgang **Mackiewicz** sprach sich besonders in Bezug auf die Geistes- und Sozialwissenschaften für eine flexiblere Anpassung von Agenden der Kommission bei Veränderungen innerhalb geförderter Forschungsvorhaben aus. Forschungsförderung und Netzwerkbildung müssten wirkungsorientiert sein. Außerdem müsse die Selbstorganisation der einzelnen Institutionen gestärkt werden.

Susan **Kentner** plädierte für Veränderung im Rahmenprogramm des Europäischen Forschungsraums, der ungemene Konsequenzen auf Forschung und Forschungsförderung haben werde. Es brauche mehr Akteure bei seiner Mitgestaltung und Berlin/Brandenburg seien aufgerufen, sich dabei zu engagieren.

Nicolas **Zimmer** unterstrich, dass die Vereinfachung von Verfahren die Umsetzung des EFR erleichtere. Es sei eine Unterstützungstruktur in Berlin/ Brandenburg, notwendig. Und eine kohärente EU – Strategie der Länder. Gleichzeitig müsse die Infrastruktur ausgebaut werden.

Günter **Stock** unterschied abschließend Forschungsförderung und Konjunkturförderung. Er hielt fest, dass die Verantwortung weiterhin bei den Ländern liege, da Europa nicht definiere, was die Forschungsagenda der Zukunft sein werde. Dennoch müsse Europa Standards setzen, auch wenn Innovation nicht regulierbar sei. Daher müssten Forschungsprogramme großzügig gestaltet werden, Freiheit müsse eine zentrale Größe sein. Stock äußerte den Wunsch, eine bessere Verbindung der Institutionen in der Region zu erreichen und eine stärkere Präsenz der Länder in Brüssel aufzubauen.